

Stadtentwässerung Dresden GmbH



Vergabeunterlage

**Baufeldfreimachung
für die Erweiterung des
Regenversickerungsbeckens 12G58**

1. Heftung
- verbleibt beim Bieter -

Stadtentwässerung Dresden GmbH



Vergabeunterlage

**Baufeldfreimachung
für die Erweiterung des
Regenversickerungsbeckens 12G58**

- Baubeschreibung -

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis	1
Abbildungsverzeichnis	3
1 Allgemeine Beschreibung der Bauleistung.....	5
1.1 Allgemein	5
1.2 Ausgeführte Vorarbeiten	6
1.2.1 Vermessung	6
1.2.2 Medianauskünfte	6
1.2.3 Flurstücke	6
1.3 Auszuführende Bauleistungen	6
2 Angaben zur Baustelle	7
2.1 Lage der Baustelle	7
2.2 Zugänge und Zufahrten	8
2.3 Anschlussmöglichkeiten an Ver- und Entsorgungsleitungen	8
2.4 Lager- und Arbeitsplätze	8
2.5 Schutzbereiche und -objekte	9
2.6 Anlagen im Baubereich	9
2.7 Kampfmittel / Militärische Bereiche	10
3 Angaben zur Bauausführung.....	10
3.1 Baustelleneinrichtung	10
3.2 Bauablauf	12
3.3 Winterbau	12
3.4 Sicherung / Sicherungsmaßnahmen	12
3.4.1 Baustellensicherung / sicherheitstechnische Maßnahmen	12
3.4.2 Schutzmaßnahmen der Böden	12
3.4.3 Schutzmaßnahmen der Flora und Fauna	13
3.4.4 Schutzmaßnahmen vor Gewässerverunreinigung	13
3.4.5 Sicherung von querenden/kreuzenden Leitungen	13
3.5 Fällungen	13
3.6 Neophytenbekämpfung	15
3.7 Verkehrsführung, Verkehrssicherung	16
3.7.1 Allgemeines	16
3.7.2 Sicherung von Hiebsorten gegenüber öffentlichen Verkehrsraum	17
3.8 Abfälle	18
3.9 Vermessungsleistungen	18

3.9.1	Erstabsteckung	18
3.9.2	Grenzpunktsicherung	19
3.10	Aufmaße	19
3.11	Bautagesbericht.....	20
3.12	Dokumentation/Abschlussdokumentation	20
4	Ausführungsunterlagen	21
4.1	Vom Auftraggeber zur Verfügung gestellte Ausführungsunterlagen	21
4.2	Vom Auftragnehmer zu erstellende / zu beschaffende Ausführungsunterlagen.....	21
5	Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen.....	21
5.1	Anzuwendende zusätzliche Technische Vorschriften.....	21

Anlagen

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1:	Lage des neu zu errichtenden Regenversickerungsbeckens (RVB).....	5
Abbildung 2:	Darstellung der Rodungsfläche.....	7

In Verbindung mit dieser Baubeschreibung stehende Unterlagen:

Zeichnungen:

Blatt 1	Übersichtslageplan	1:2 000
Blatt 2.1	Lageplan 1 – Bestandsbecken und Medienlagen	1:500
Blatt 2.2	Lageplan 2 – Baufeldgrenze	1:500

Anlagen:

Anlage 1	Artenschutzbeitrag
Anlage 2	Maßnahmeblätter - Landschaftspflegerische Begleitplan

1 Allgemeine Beschreibung der Bauleistung

1.1 Allgemein

Die vorgesehenen Baumfällarbeiten werden im Vorfeld für die Baufeldfreimachung der Bau-
maßnahmen zur Errichtung des neuen Regenversickerungsbeckens (RVB), als Erweiterung
des bestehenden RVB, durchgeführt. Die Lage und Beschreibung der Rodungsfläche wird im
Punkt 2 genauer beschrieben.

Sämtliche nachfolgend aufgeführte Leistungen und Aufwendungen sind im Rahmen der Kal-
kulationserstellung zu berücksichtigen. Alle sich hieraus ergebenden gesonderten Leistungen
sind einzukalkulieren. Es wird empfohlen für die Kalkulationserstellung im Vorfeld eine Orts-
begehung durchzuführen.



Abbildung 1: Lage des neu zu errichtenden Regenversickerungsbeckens (RVB)

1.2 Ausgeführte Vorarbeiten

1.2.1 Vermessung

Im Rahmen der Planung wurden für das bestehende RVB sowie Teilbereiche, welche für die Bauausführung relevant sind, Vermessungen erstellt und in die Planunterlagen übernommen.

- Lagebezug: ETRS89 (UTM33)
- Höhenbezug: DHHN 2016

1.2.2 Medienauskünfte

Im Vorfeld wurden alle wichtigen Versorgungsunternehmen und Träger öffentlicher Belange angeschrieben und um ihren Medienbestand bzw. um eine Stellungnahme zum Vorhaben gebeten. Der Medienbestand ist im Lageplan 1 – Bestandsbecken und Medienlagen eingetragen.

1.2.3 Flurstücke

Betroffen sind die Flurstücke 840/45, 840/37 und 21/1 mit der Landeshauptstadt Dresden als Eigentümer. Seitens des Auftraggebers wurde im Rahmen der vorangegangenen Planungsphasen eine generelle Zustimmung bzw. Bauerlaubnis von Seiten des Amts für Hochbau und Immobilien erteilt.

1.3 Auszuführende Bauleistungen

Die auszuführenden Bauleistungen umfassen die Rodung von Bäumen und Buschwerk, welche den Baubereich des neu zu errichtenden RVB bedecken. Vor allem dienen die Rodungsarbeiten zur Baufeldfreimachung und für die Herstellung der Zuwegungen (Baustraße mit einer Breite von 10,00 m) sowie der BE-Flächen.

Grundsätzlich ist darauf zu achten, dass Baumfällarbeiten nur innerhalb der markierten Flächen ausgeführt werden.

Insgesamt umfasst das Rodungsgebiet eine Waldfläche von ca. 9.570 m², welche sich im Bereich der Baustraße, bis zur Königsbrücker Straße erstreckt.

2 Angaben zur Baustelle

2.1 Lage der Baustelle

Der Vorhabensbereich befindet sich im Dresdner Norden im Stadtteil Hellerberge, unmittelbar östlich der Königsbrücker Straße, die dem überregionalen Verkehr dient und deshalb als Bundesstraße B97 eingestuft ist.

Der Standort des vorhandenen RVB mit der geplanten Erweiterung liegt nur wenige Meter südlich des Infineon-Geländes, im Wald des Landschaftsschutzgebietes „Dresdner Heide“. Wiederum etwas südlicher befindet sich der Technopark Nord.

Die Rodungsfläche kann dem Übersichtslageplan entnommen werden.



Abbildung 2: Darstellung der Rodungsfläche

2.2 Zugänge und Zufahrten

Die Zufahrt zum Baufeld kann nur über die Königsbrücker Straße und auch nur in stadtauswärtiger Richtung erfolgen.

Die geplante Baustraße steht als Zuwegung zur Rodungsfläche noch nicht zur Verfügung. Einen temporären Zugang stellt die Zufahrt zur Gasregelstation der Sachsenenergie dar, welche sich südlich der geplanten Baustraße, an der Königsbrücker Straße befindet. Die Nutzung der Zufahrt bedarf einer Genehmigung des Betreibers Sachsenenergie und ist durch den AN einzuholen. **Weiterhin ist zu beachten, dass zeitgleich die Baufeldfreimachung einer Waldtrasse in offener Verlegung, parallel zur Königsbrücker Straße durch die Sachsenenergie umgesetzt wird. Da diese die geplante Baustraße zum RVB kreuzt, sind hinsichtlich der Rodungsarbeiten im Bereich der Baustraße zwingend Abstimmungen mit der Sachsenenergie zu treffen!**

Generell ist mit Rad- und Fußgängerverkehr zu rechnen, der Durchgang ist zu gewährleisten.

2.3 Anschlussmöglichkeiten an Ver- und Entsorgungsleitungen

Die Beschaffung und Genehmigung von Baustrom, Bauwasser und weiterer für die Ausführung der Leistungen erforderlicher Medien ist Sache des AN. Alle hierfür entstehenden Kosten sind in die BE-Pauschale einzurechnen.

2.4 Lager- und Arbeitsplätze

Lager- und Arbeitsflächen werden vom Auftraggeber nicht zur Verfügung gestellt. Diese sind vom AN selbst zu beschaffen, wobei die dafür erforderlichen Genehmigungen von den Eigentümern und Nutzern/Pächtern der jeweiligen Flurstücke vom AN ebenfalls selbstständig einzuholen sind.

Sämtliche Aufwendungen für alle vom AN benötigten Lager- und Arbeitsflächen, einschließlich der Kosten für das Herstellen und wieder Beseitigen der Oberflächenbefestigungen sowie für etwaige Entschädigungsleistungen sind, soweit dafür keine Leistungspositionen vorgesehen, in die Einheitspreise der Baustelleneinrichtung einzukalkulieren und werden nicht gesondert vergütet.

Von sämtlichen in Anspruch genommenen Flächen sind vom Auftragnehmer dem Auftraggeber am Schluss der Baumaßnahme unaufgefordert Freistellungserklärungen der Eigentümer oder Pächter vorzulegen.

2.5 Schutzbereiche und -objekte

Das Vorhaben befindet sich im Bereich des Landschaftsschutzgebietes „Dresdner Heide“, FFH und NSG werden nicht berührt. Entsprechend wurden folgende Anträge im Vorfeld gestellt:

- Antrages auf Ausnahme von den artenschutzrechtlichen Verbotstatbeständen des § 44 Abs. 1 BNatSchG
- Antrag auf Befreiung nach § 8 der Verordnung der Landeshauptstadt Dresden zur Festsetzung des Landschaftsschutzgebietes „Dresdner Heide“ vom 19. Februar 2008 (LSGVO) i.V.m. § 53 SächsNatSchG
- Antrag auf Genehmigung zur Umwandlung von Wald in eine andere Nutzungsart gemäß §8 Abs.1 Waldgesetz für den Freistaat Sachsen (SächsWaldG)

Eine Ausnahme von den artenschutzrechtlichen Verbotstatbeständen des § 44 Abs. 1 BNatSchG unter Auflagen wurde durch die Naturschutzbehörde erteilt. Die Auflagen umfassen die Maßnahmen des Artenschutzbeitrages (vgl. Kapitel 3.1) gemäß der durchgeführten Artenschutzprüfung (Anlage 1 – Artenschutzbeitrag). Der zugehörige landschaftspflegerische Begleitplan (LPB) liegt vor (Anlage 2 – Maßnahmeblätter - Landschaftspflegerische Begleitplan) und ist zu beachten.

Zum Schutz der Umwelt, der Landschaft und des Gewässers hat der AN die durch die Arbeiten hervorgerufenen Beeinträchtigungen auf das unvermeidbare Maß zu beschränken. Die Vorschriften des Sächsischen Naturschutzgesetzes und des Sächsischen Wassergesetzes in der jeweils gültigen Fassung sind einzuhalten

2.6 Anlagen im Baubereich

Gegebenenfalls benötigte Schachtgenehmigungen sind durch den AN vor Baubeginn der Maßnahme selbst einzuholen. Die genaue Lage, der innerhalb der Bau- und Arbeitsstelle oder in deren Nähe liegenden Ver- und Entsorgungsleitungen, hat der AN vor Baubeginn zu erkunden. Gegebenenfalls ist vor Baubeginn mit dem Versorgungsunternehmen eine Einweisung zu vereinbaren. Dies umfasst ebenso die im nord-östlichen Baufeld befindliche Grundwassermessstelle (GWM) (vgl. Lageplan 1 – Bestandsbecken und Medienlagen).

Der AN haftet ausschließlich und in vollem Umfang für jeden Schaden, der bei der Durchführung seiner Vertragsarbeiten an den oben beschriebenen Kabeln, Rohrleitungen sowie der GWM entsteht. Die Anlagen dürfen ohne Zustimmung der Medienträger und Betreiber nicht überbaut oder überschüttet werden.

Die Lage der Ver- und Entsorgungsleitungen sowie Kabel sind durch den Auftragnehmer bei den zuständigen Versorgungsunternehmen und Grundstückseigentümern zu erfragen und während der Bauausführung zu beachten. Die Bedingungen der einzelnen Medienträger sind zu beachten.

Mögliche Umverlegungen werden gesondert erst nach den Baumfäll- und Rodungsarbeiten durchgeführt.

2.7 Kampfmittel / Militärische Bereiche

In der Nähe des Planungsstandortes befanden sich militärische Bereiche und Anlagen, so z.B. im heutigen Gelände des Technopark Nord. Die Luftbildauswertung hat Anhaltspunkte für das mögliche Vorhandensein von Kampfmitteln innerhalb des Untersuchungsgebietes ergeben. Da erfahrungsgemäß ein gewisser Prozentsatz aller Sprengkörper nicht explodierte, kann nicht ausgeschlossen werden, dass in einem Teilbereich des Untersuchungsgebietes nicht detonierte Sprengkörper (Blindgänger) oder andere Kampfmittel vorhanden sind.

Hinweise zur Kampfmittelsondierung und Beräumung:

Kampfmittelsondierungen und -beräumungen bzw. Entmunitionierungen dürfen nur durch im Freistaat Sachsen zugelassene Fachbetriebe für Kampfmittelbeseitigung ausgeführt werden. Der Auftragnehmer ist mit Auftragserteilung verpflichtet, alle für die Umsetzung des Bauvorhabens geplanten fachlich Beteiligten, einschließlich Nachauftragnehmer, einer Sicherheitsbelehrung durch eine im Freistaat Sachsen zugelassene Fachfirma vornehmen zu lassen und diese mit Baubeginn dem Auftraggeber vorzulegen.

Generell gilt:

Sollten bei der Bauausführung Kampfmittel oder andere Gegenstände militärischer Herkunft gefunden werden, sind diese gemäß Anzeigepflicht nach §3 der Kampfmittelverordnung vom 02.03.2009 unverzüglich bei der örtlichen Polizeidienststelle oder beim Kampfmittelbeseitigungsdienst Sachsen (KMBD SN) anzuzeigen.

3 Angaben zur Bauausführung

3.1 Baustelleneinrichtung

Für die Baustelleneinrichtung ist in vollem Umfang der Auftragnehmer zuständig; in seiner Verantwortung sind Aufstellflächen für Container und Geräte, Lagerflächen, Anschlüsse Elt, Telefon, Wasser, Abwasser und alle für die ordnungsgemäße Bauausführung erforderlichen Einrichtungen zu schaffen.

Die Vorgaben des Artenschutzbeitrages (Anlage 1) bzgl. der Maßnahmen zur Vermeidung und zur Sicherung der kontinuierlichen ökologischen Funktionalität sind einzuhalten. Es wird auf folgende Maßnahmen verwiesen:

- V₁ - Baustelleneinrichtung
- V₂ – Bauzeitenregelung
- V₃ – Baubegleitung Artenschutz
- V₄ – Erhalt und Schaffung von Gehölzstrukturen (1. Abschnitt)
- V₅ – Reptilien- und Amphibienschutzzaun
- V₇ - Wahl geeigneter Beleuchtungsmittel

Der im Bereich der Rodungsarbeiten befindliche Reptilien- und Amphibienschutzzaun ist während der Arbeiten zurückzubauen, zu lagern und nach Abschluss der Arbeiten fachgerecht wiedereinzubauen (vgl. V₅ – Artenschutzbeitrag).

Die im LPB beschriebenen Schutz- und Vermeidungsmaßnahmen (für dem Artenschutz), sowie die Maßnahmen zur dauerhaften Sicherung der ökologischen Funktion (vgl. Anlage 2 – Maßnahmeblätter Landschaftspflegerischer Begleitplan) sind zu beachten. Es wird auf folgende im LPB beschriebene Maßnahmen verwiesen:

- | | |
|--------|--------|
| • S1 | • V3AS |
| • S2 | • V4AS |
| • V1 | • V6AS |
| • V2AS | • V7AS |

Baubeihilfe, die nicht gesondert ausgeschrieben sind, sind vom AN in erforderlichem Umfang zu errichten und einzusetzen. Die Kosten hierfür sind in die jeweiligen Einheitspreise der LV-Positionen einzurechnen.

Der AN hat dafür Sorge zu tragen, dass eine Verschmutzung der öffentlichen Verkehrsflächen möglichst geringgehalten wird. Verschmutzte Verkehrsflächen sind umgehend und fortwährend zu reinigen. Die Aufwendungen hierfür sind, wenn nicht gesondert ausgewiesen, in die Baustelleneinrichtung einzukalkulieren und werden nicht gesondert vergütet.

Nach der Auftragserteilung hat der Auftragnehmer dem Auftraggeber einen verbindlichen Baustelleneinrichtungsplan zur Bauanlaufberatung vorzulegen, in dem die beanspruchten Flächen für BE, Zuwegung, Zwischenlagerflächen etc. dargestellt sind.

3.2 Bauablauf

Die Baumfäll- und Rodungsarbeiten sind so zu koordinieren, dass der Verkehrsteilnehmer (Anlieger, Radfahrer, Wanderer) so wenig wie möglich behindert wird. Die Bauarbeiten sind grundsätzlich außerhalb der Nachtzeiten vorgesehen.

Die Baumfällungen sind bis 28.02.2025 durchzuführen.

Die Ausführung der Bauleistung erfordert, wie in Kapitel 2.2 erwähnt, eine Abstimmung mit der Sachsenenergie im Rodungsbereich der geplanten Baustellenzufahrt und dem Bereich der Entwässerungsleitung Notüberlauf 1 (vgl. Abbildung 2).

3.3 Winterbau

Regelung gemäß § 6 VOB/B

3.4 Sicherung / Sicherungsmaßnahmen

3.4.1 Baustellensicherung / sicherheitstechnische Maßnahmen

Nach Auftragserteilung, vor Arbeitsaufnahme, hat der AN dem AG einen Verantwortlichen für die Einhaltung und Überwachung der Arbeitssicherheit sowie einen ausgebildeten Ersthelfer auf der Baustelle schriftlich zu benennen.

Der Auftraggeber behält sich vor, zur Überwachung die zuständige Unfallberufsgenossenschaft hinzuzuziehen.

Alle Aufwendungen an Personal und Material, die für die Schaffung und Aufrechterhaltung der sicherheitstechnischen Maßnahmen notwendig sind, sind in die Einheitspreise einzurechnen – wenn keine gesonderten Leistungspositionen vorgesehen sind.

3.4.2 Schutzmaßnahmen der Böden

Provisorische Baustraßen/Bauplätze sind entsprechend der Leistungsbeschreibung in kritischen Bereichen (aufgeweichte Böden, nicht gefrorene Böden) im Baufeld herzustellen und zu unterhalten. Die Kosten für die Unterhaltung der Baustraßen während der Bauzeit ist in den EP mit einzukalkulieren und wird nicht gesondert vergütet.

Bodenverdichtungen durch schwere Geräte und Fahrzeuge außerhalb der Baustelleneinrichtungen und Baustraßen sind zu vermeiden.

3.4.3 Schutzmaßnahmen der Flora und Fauna

Die Baumaßnahme findet in den Wintermonaten statt. Der Eingriff soll so gering wie möglich gehalten werden. Dies setzt einen reduzierten bzw. optimierten Baustellenverkehr voraus, d.h. An- und Abtransport ist auf ein Minimum zu begrenzen.

Sämtliche Arbeiten sind so auszuführen, dass benachbarte Bäume und Sträucher nicht beschädigt werden. Dazu sind Randgehölze vor Baubeginn mittels Baumschutz in Abstimmung mit der ökologischen Baubegleitung zu schützen. Die Vorschriften der DIN 18920 – Schutz von Bäumen, Pflanzenbeständen und Vegetationsflächen sind einzuhalten und werden entsprechend der Leistungsbeschreibung vergütet.

3.4.4 Schutzmaßnahmen vor Gewässerverunreinigung

Die Baustelle ist so einzurichten und zu betreiben, dass eine Verunreinigung des zulaufenden Gewässers zum, sowie des bestehenden RVBs und des Geländes durch Mineralöl, Benzin, Diesel, Fett oder andere wassergefährdende Stoffe ausgeschlossen werden kann. Trotzdem in den Boden oder in das Gewässer gelangte Schadstoffe sind unverzüglich zu beseitigen.

Wassergefährdende Wartungs- und Reparaturarbeiten (zum Beispiel Waschen, Ölwechsel) sind im Baubereich nicht gestattet.

3.4.5 Sicherung von querenden/kreuzenden Leitungen

Infolge des Baustellenverkehrs bis 60 t überfahrene Medienleitungen sind in geeigneter Form nach Wahl des AN vor Beschädigungen zu schützen. Entsprechende Baubehelfe die nicht gesondert ausgeschrieben sind, sind vom AN in erforderlichem Umfang zu errichten und einzusetzen. Die Kosten hierfür sind in die jeweiligen Einheitspreise der LV-Positionen einzurechnen.

3.5 Fällungen

Vor Beginn der Arbeiten ist gemeinsam mit dem AG, dem Revierleiter und der BÜ eine Begehung zur Dokumentation, zur Klärung der Verkehrssicherheit im Baubereich und zur Markierung des zu fällenden Bereichs / Bäume durchzuführen. Ebenso sind Randgehölze zu markieren, die bauzeitlich einen Stammschutz erhalten. Die Bäume zur Fällung sind im Gelände nach Lageplan und nach Angabe der BÜ deutlich sichtbar zu kennzeichnen und der

abgesteckte Bereich des Baufeldes ist zu kontrollieren. Weiterhin sind die vorhandenen Zugangsbereiche mit Absperrbannern zu versehen und nach Bauende wieder abzubauen.

Vor Durchführung der Fällarbeiten ist die ökologische Baubegleitung zu informieren.

Im Zuge der Fällung von potentiellen Habitatbäumen ist eine Fällbegleitung durchzuführen. Diese Bäume werden abschnittsweise herabgesetzt und im Zuge der Fällarbeiten kontinuierlich kontrolliert. Es sind 11 potentielle Habitatbäume (B05 – B12 und teilweise B15) im Bereich der Baufeldfreimachung ausgewiesen (vgl. Anlage 1 – Artenschutzbeitrag, Karte 2). Bei Besatz mit Fledermäusen sind die Arbeiten auszusetzen, bis die Tiere die Fortpflanzungs- und Ruhestätten verlassen haben (vgl. Anlage 1 – Artenschutzbeitrag, Karte 4). Ist dies nicht möglich, sind geeignete Schutzmaßnahmen in Absprache mit dem Fachgutachter und der Unteren Naturschutzbehörde vorzusehen. Die Kosten für mögliche Zwischenhaltung und Aufzucht der Fledermäuse sind vom Vorhabenträger zu tragen. Sollte im Zuge von Fällarbeiten der Eremit nachgewiesen werden, so sind die entsprechenden Stammabschnitte im Ganzen zu erhalten und an eine Totholzpyramide im Stadtgebiet aufzustellen. Das Vorgehen ist mit der Unteren Naturschutzbehörde abzustimmen sowie durch den Fachgutachter zu begleiten.

Bei den Fällungen ist zu berücksichtigen, dass ein Großteil der Bäume eine Wuchshöhe von mehr als 20 m aufweist. Mögliche Mehraufwände für das Fällen von Bäumen im Absetzverfahren sind – soweit dafür keine Leistungspositionen vorgesehen sind - mit in die Einheitspreise einzurechnen.

Die Fällungen finden teilweise in dichtbewachsenen Bereichen statt. Dabei ist vor allem die angrenzende und zu erhaltenden Vegetation zu schützen. Die Baumfällung muss so erfolgen, dass keine Schäden an angrenzenden Bäumen und Leitungen entstehen.

Die geplanten Baumfällungen umfasst ein Waldgebiet mit engstehenden und unterschiedlich stark gewachsenen Bäumen verschiedener Arten. Bei der Fällung sind die Bäume in den Baubereich fallen zu lassen (ggf. mit Seiltechnik), die angrenzenden Bereiche sind vor jedweder Befahrung und Schädigung zu schützen. Die Schnittstelle zur Fällung ist höchstens 0,25 m über dem Erdboden anzubringen. Das Holz ist in 3 m langes Stammholz zu schneiden, zu sortieren, einzuteilen und in Sortimente zu trennen.

Die Wurzelstöcke der gefällten Bäume sind entsprechend der Leistungsbeschreibung zu roden und nach Kapitel 3.8 zu entsorgen/verwerten. **Ausgenommen von der Rodung sind 13 Wurzelstöcke (der Kiefer) mit entsprechend der Leistungsbeschreibung erläuterten Durchmessern.** Diese sollen aus dem Boden im Ganzen entfernt und an einem durch den

AG bestimmten Ort zwischengelagert werden. Nach der Errichtung des RVB sollen die aufbewahrten Wurzelstöcke zur Errichtung der nach Artenschutzbeitrag geforderten Haufwerke wiederverwendet werden.

Das anfallende Astwerk ist nach Wahl des AN entsprechend nach Kapitel 3.8 zu entsorgen/verwerten. Die anfallenden Stämme sind nach Anweisung des Eigentümers zu verbringen. Der Transport bzw. die Rückung des aufgearbeiteten Holzes aus dem Bestand ist mit Schleppern hin zu einem Lkw-befahrbaren Weg zu rücken. Die Standorte sind überwiegend ebene bis leicht geneigte, bei starker anhaltender Nässe sind Arbeitsunterbrechungen einzukalkulieren. Aufgrund des teilweisen schlecht befahrbaren Bodens sind Bogiebänder aufziehen oder entsprechendes Rückegerät zu verwenden.

3.6 Neophytenbekämpfung

Die im Bereich der Baufeldfreimachung befindlichen Flächen des Neophyten japanischer Staudenknöterich, sollen im Rahmen der Rodung fachgerecht entfernt werden. Die Fläche ist zu mähen, das Schnittgut sorgfältig zu beräumen und entsprechend dem Kapitel 3.8 zu entsorgen. Der kontaminierte Boden ist zu entnehmen und zu sieben (max. 5 mm Maschenweite). Der gesiebte Boden soll vor Ort wieder eingebaut und zur Geländewiederherstellung verwendet werden. Die beim sieben anfallenden Pflanzenrückstände sind in einer dafür zugelassenen Entsorgungsanlage entsprechend dem Kapitel 3.8 zu entsorgen. Die Durchführung erfolgt unter Abstimmung mit der ökologischen Baubegleitung und entsprechend der Leistungsbeschreibung.

3.7 Verkehrsführung, Verkehrssicherung

3.7.1 Allgemeines

Die Verkehrssicherung ist nach RSA 21 sowie ASR A5.2 auszuführen. Es sind feste Absperungen zu verwenden. Alle Schutz- und Sicherungsmaßnahmen sind nach den Unfallverhütungsvorschriften und den polizeilichen Vorschriften durchzuführen.

Die Verkehrssicherungspflicht des Auftragnehmers (AN) umfasst neben dem betroffenen Verkehrsbereich auch den Arbeitsbereich. Schutz- und Sicherheitsmaßnahmen nach den Unfallverhütungsvorschriften und den behördlichen Bestimmungen sind gemäß VOB/C DIN 18299, Abschnitt 4, Punkt 4.1.4 Nebenleistungen und werden nicht gesondert vergütet.

Zu den für die Verkehrssicherung und -regelung notwendigen Maßnahmen gehören u. a. Einrichten, Vorhalten, Unterhalten und Beseitigen der Absperrungen, Leiteinrichtungen und Beschilderungen, die Beleuchtung der Absperrung (auch während Zeiten eventueller Bauruhe) sowie das Umsetzen und Umbau dieser Einrichtungen bei Änderungen der Verkehrsführung und Öffnen und Schließen von Absperrschranken.

Die Absperrungen und die Beleuchtung der Absperrung sind im erforderlichen Umfang auch während der Dunkelheit entsprechend ZTV SA zu überprüfen und zu protokollieren (Baubereich und Umleitungsstrecke).

Provisorische Übergänge für Fußgänger sind durch den AN zu schaffen.

Baustellenverkehr

Die Verkehrssicherungseinrichtungen sind nach Ein- und Ausfahrt sofort wieder zu schließen. Die Ein- bzw. Ausfahrt darf nur in der zugelassenen Fahrtrichtung erfolgen.

Vorübergehendes Außerkraftsetzen von Verkehrszeichen

Vorhandene ständige Markierungen können durch Auskreuzen mit gelber Folie außer Kraft gesetzt werden. Vorhandene ständige Verkehrszeichen, die vorübergehend außer Kraft gesetzt werden, sind komplett abzudecken bzw. abzubauen.

Vorfahrtregelnde Verkehrszeichen, die der neuen Verkehrsführung widersprechen, sind generell abzubauen. Auskreuzungen/Außerkraftsetzungen von Vorwegweisern bzw. von Teilen dieser sind mit Elementen vorzunehmen, die keine Auflage/Berührung mit der Schilderfläche haben (sondern nur Halterungen, die am Rahmen befestigt werden). Dadurch ist eine berührungslose Außerkraftsetzung zu sichern. Die Verwendung von Klebebändern, Folien etc. ist nicht erlaubt.

Überwachung der Funktionsfähigkeit und Vollständigkeit der Baustellensicherung

Der in der verkehrsrechtlichen Anordnung benannte Verantwortliche oder dessen Beauftragter muss mindestens zweimal täglich (bei Tagesanbruch und nach Eintritt der Dunkelheit), an arbeitsfreien Tagen mindestens einmal täglich sowie zusätzlich unverzüglich nach einem Unwetter oder Sturm die Arbeitsstelle einschließlich evtl. Umleitungsstrecken kontrollieren. Die Durchführung der Kontrollen ist schriftlich nachzuweisen. Die Nachweise sind zur ständigen Kontrolle durch die Bauleitung bzw. -überwachung auf der Baustelle zu hinterlegen.

Es ist ein 24-Stunden-Bereitschaftsdienst, auch an Wochenenden und Feiertagen zu gewährleisten. Der Ersatz von zerstörtem bzw. abhanden gekommenem Material hat unverzüglich zu erfolgen. Gegenüber dem Auftraggeber ist der Störungsbeauftragte einschließlich telefonischer Erreichbarkeit zu benennen.

Zulässiges Gesamtgewicht

Transportfahrzeuge dürfen nur das zulässige Gesamtgewicht entsprechend § 34 StVZO aufweisen. Entsprechende Kontrollen behält sich der Auftraggeber vor. Bei Feststellung einer Überschreitung des zulässigen Gesamtgewichtes bei Transportfahrzeugen erfolgt eine Anzeige bei der zuständigen Behörde.

Antragstellung auf verkehrsrechtliche Anordnung

Durch den Auftragnehmer ist sofort nach Zuschlagserteilung (mindestens 14 Tage vor Baubeginn) die Baustellensicherung nach § 45 Abs. 6 StVO i. V. m. der RSA zu beantragen und nach Maßgabe der verkehrsrechtlichen Anordnung der Straßenverkehrsbehörde umzusetzen. Die anfallenden Gebühren für die Einholung der verkehrsrechtlichen Anordnung sind – soweit dafür keine Leistungspositionen vorgesehen sind - mit in die Einheitspreise einzurechnen.

3.7.2 Sicherung von Hiebsorten gegenüber öffentlichen Verkehrsraum

Bei Einschlagsarbeiten entlang öffentlicher Straßen, Bahnlinien und anderen Infrastrukturobjekten ist die Verkehrssicherung und Erlangung erforderlicher Genehmigungen Leistungsbestandteil des AN.

3.8 Abfälle

Abfälle (Bodenaushub, Bauschutt, Straßenaufbruch, Baustellenmischabfälle u.a.), die bei der Ausführung der Bauleistungen durch den Auftragnehmer auf Baustellen des Auftraggebers anfallen, sind unter Beachtung der abfallrechtlichen Bestimmungen des KrWG (insbesondere Nachweisverordnung sowie untergeordnetes Regelwerk) sowie der jeweils gültigen Fassung der Durchführungsverordnung zur SächsBO zu behandeln und zu entsorgen. Der AG bleibt in jedem Fall der Abfallerzeuger.

Abfälle aus vom AN selbst eingebrachten Materialien (z.B. Verpackungen, Holz, andere Betriebsmittel und Baustoffe, z.B. Bohrsuspension) sind vom AN eigenständig zu entsorgen. Abweichend vom vorherigen Absatz ist dafür der AN Abfallerzeuger. Eine Mitablagerung in die Erfassungssysteme des AG ist ausdrücklich verboten.

Der AN führt den lückenlosen Nachweis (Lieferscheine, Wiegenoten, Übernahme-, ggf. Begleitscheine) über die Verwertung/Beseitigung der Abfälle. Das gilt für alle Abfallarten und –mengen, incl. unbelasteten Boden. Die Abrechnung der entsorgten Abfälle erfolgt auf Grundlage einer Kopie des Nachweises der Entsorgungsanlage.

Spätestens eine Woche vor der Bauabnahme ist dem AG unaufgefordert eine abschließende Abfallbilanz über die gesamte Bauzeit abzugeben.

Das mit dem Transport von Abfällen (einschließlich unbelasteter Bodenaushub) beauftragte Transportunternehmen muss für den Transport der angegebenen Abfallschlüsselnummern entweder eine Transportgenehmigung nach TgV, eine Transportanzeige nach §53 KrWG, eine Transporterlaubnis nach § 54 KrWG oder eine Entsorgungsfachbetrieb-Genehmigung zum Transport von diesen Abfällen besitzen.

Alle Abfalltransporte sind während des Transportes mit zwei „A-Schildern“ entsprechend §55 KrWG (vorn und hinten) zu kennzeichnen. Auf dem Fahrzeug ist eine Kopie der Transportanzeige nach §53 KrWG, der Transporterlaubnis nach §54 KrWG, der Transportgenehmigung nach TgV bzw. des Entsorgungsfachbetriebzertifikates mitzuführen.

3.9 Vermessungsleistungen

3.9.1 Erstabsteckung

Die Erstabsteckung des zu beräumenden und zu rodenden Baustellenfeldes ist bereits durch den AG erfolgt.

Der Aufwand zur Übertragung und Sicherung sowie Erhalten der Koordinaten in der Örtlichkeit sowie von zur Erstellung und Sicherung von Hilfspunkten in Höhe und Lage sowie von Abpflockungen ist einzurechnen.

Im Zeitraum der Baumaßnahme schuldhaft zerstörte oder verfälschte Punkte sind gemäß Sächsischen Vermessungsgesetz (SächsVermG) grundsätzlich zu Lasten des AN vor der Bauabnahme wiederherzustellen.

Die erforderlichen Vermessungsarbeiten sind vom AN in den Bauablauf zu integrieren und zu gewährleisten, notwendige Koordinierungsleistungen sind in die Leistungspositionen einzukalkulieren.

3.9.2 Grenzpunktsicherung

Anzeige von Grenzpunkten oder sonstigen Vermessungspunkten (Aufnahmepunkte (AP), Topografische Punkte (TP), Höhenfestpunkte (HP)) im Bereich des Baufeldes auf Grundlage des amtlichen Liegenschaftskatasters.

Die Punkte sind nach Erfordernis freizulegen, deutlich zu kennzeichnen und gegen unbeabsichtigte Beschädigung auf geeignete Weise zu sichern.

3.10 Aufmaße

Die Abrechnung der erbrachten Leistungen erfolgt nach dem vom AG bestätigtem Aufmaß.

Der Auftragnehmer ist dafür verantwortlich, dass alle erbrachten Leistungen entsprechend der besonderen Vertragsbedingungen rechtzeitig aufgemessen und von der Bauüberwachung nachgeprüft werden können.

Die Einzelaufmaße sind übersichtlich und in der Reihenfolge der Positionen zu erstellen (jede neue Position erhält eine neue Seite).

Die Aufmaße sind 3-fach auszuführen, wobei das Original bei der Bauleitung verbleibt.

In Absprache mit der Bauleitung ist festzulegen, welche Positionen für die Abrechnung mit zusätzlichem zeichnerischem Aufmaß (planlich) zu erfassen sind.

Sämtliche Mengen sind durch Mengenberechnungen nachzuweisen. Für die Abrechnung nach Gewicht müssen Wiegescheine vorgelegt werden. Mangelhafte oder fehlerhafte Liefer- und Wiegescheine werden zur Zahlungsbegründung nicht anerkannt.

3.11 Bautagesbericht

Der Auftragnehmer hat Bautagesberichte zu führen und dem Auftraggeber täglich zu übergeben. Sie müssen alle Angaben enthalten, die für die Ausführung und Abrechnung des Auftrages von Bedeutung sein können.

Dies sind insbesondere:

- Beginn und Ende der täglichen Arbeitszeit,
- Witterung (Temperaturen, Niederschlagsmengen, Luftfeuchtigkeit),
- Anzahl und Qualifikation der auf der Baustelle beschäftigten Arbeitskräfte,
- eingesetzte Nachunternehmer/andere Unternehmer,
- Anzahl und Art der eingesetzten Großgeräte sowie deren Zu- und Abgang,
- Anlieferung von Hauptbaustoffen,
- Art, Umfang und Ort (Station, Bauteil) der geleisteten Arbeiten mit den wesentlichen Angaben über den Baufortschritt (Beginn und Ende von Leistungen größeren Umfanges)
- Behinderung und Unterbrechung der Ausführung,
- Arbeitseinstellung mit Angabe der Gründe,
- Unfälle und sonstige wichtige Vorkommnisse.

3.12 Dokumentation/Abschlussdokumentation

Nach Abschluss der Baumaßnahme und **spätestens zum Abnahmetermin** hat der AN dem AG nachfolgende Unterlagen ohne gesonderte Vergütung zu übergeben:

- Dokumentationen zu Beweissicherungen zzgl. der zugehörigen Fotodokumentationen
- Rückgabe-/Freistellungserklärungen der durch die Baumaßnahme in Anspruch genommenen Flächen von Eigentümern / Nutzern / Behörden usw.
- Bauleitererklärung
- Entsorgungsnachweise / Abfallbilanz gemäß Kapitel "Abfälle" mit Angaben über Abfallart, Menge und Entsorgungsweg, einschließlich Eingangsbestätigung der Abnahmestellen
- Stundenlohnarbeiten einschl. Sammelblätter
- Abrechnungspläne, -zeichnungen, -listen
- Bautagesberichte
- sowie darüber hinaus alle in den einzelnen Leistungspositionen geforderten Nachweise, Dokumentation, usw.

Alle Dokumentationsunterlagen sind mindestens 2-fach in Papier und zugleich in digitaler Form im pdf-Format zu übergeben!

4 Ausführungsunterlagen

4.1 Vom Auftraggeber zur Verfügung gestellte Ausführungsunterlagen

- Ausführungspläne (Lagepläne)

4.2 Vom Auftragnehmer zu erstellende / zu beschaffende Ausführungsunterlagen

- Bauzeitenplan
- Zahlungsplan
- Verkehrsrechtliche Anordnung nach § 45 StVO
- Schachterlaubnisscheine und Aufgrabungsgenehmigungen
- Baubeginnanzeige
- Bautagesberichte
- Entsorgungskonzept
- Dokumentation der Baumaßnahme

Wenn nichts anders im Leistungsverzeichnis vereinbar, sind die Kosten für die Erstellung bzw. Beschaffung der o.g. Unterlagen in die jeweiligen Einheitspreise einzurechnen.

5 Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen

Die nachfolgend in Bezug genommenen nationalen Normen, Spezifikationen und Gütezeichen verstehen sich in der Weise, dass auch „oder gleichwertig“ angeboten werden kann, wobei die Gleichwertigkeit vom Bieter bereits zum Zeitpunkt der Angebotsabgabe nachzuweisen ist.

5.1 Anzuwendende zusätzliche Technische Vorschriften

Die nachfolgend genannten Vorschriften und Merkblätter sind in der jeweilig gültigen Fassung als Vertragsbestandteil verbindlich.

- Einhaltung der PEFC-Standards gemäß der Leitlinie für nachhaltige Waldbewirtschaftung in der jeweils aktuellen Fassung

Anzuwenden sind sonstige technische Regelwerke und Vorschriften gemäß den Erlassen der Abteilung Verkehr des Sächsischen Staatsministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr, Teil: Straßenbautechnik gemäß Verzeichnis der Erlasse, geführt von der LIST Gesellschaft für Verkehrswesen und ingenieurtechnische Dienstleistungen mbH (siehe <http://www.list-sachsen.de>).

Darüber hinaus gelten als vereinbart:

- Richtlinien für die Sicherheit von Arbeitsstellen an Straßen, RSA 21, ASR A5.2
- ZTV-Baumpflege
- RAS-LP 2 - Teil Landschaftspflege Abschnitt 2: Landschaftspflegerische Ausführung
- RAS-LP 4 - Teil Landschaftspflege Abschnitt 4: Schutz von Bäumen, Vegetationsbeständen und Tieren bei Baumaßnahmen
- Gehölzschutz/Gehölzpflege gemäß DIN 18920
- Gehölzschutzsatzung der Landeshauptstadt Dresden „Merkblatt zum Schutz von Gehölzen auf Baustellen“
- Mitteilungen der Länderarbeitsgemeinschaft Abfall (LAGA M20) zu Anforderungen an die stoffliche Verwertung von mineralischen Reststoffen/Abfällen, Ausgabe 2003
- Vorschriften der Berufsgenossenschaften mit berufsgenossenschaftlichen Vorschriften (BGV) und Regeln für Sicherheit (BGR)
- Vorschriften der Gemeindeunfallversicherungs-Verbände (GUV)

----- Ende der Baubeschreibung -----